**Bremisches Bildungsurlaubsgesetz**

**(BremBUG)**

VOM 18. DEZEMBER 1974

STAND 23. MÄRZ 2010

Der Senat verkündet das nachstehende von der Bürgerschaft (Landtag) beschlossene Gesetz:

**§ 1 Grundsatz**

(1) Bildungsurlaub dient der politischen, beruflichen und allgemeinen Weiterbildung im Sinne

der §§ 1 und 2 des Gesetzes über die Weiterbildung im Lande Bremen und von § 13 Absatz

2 und 3 des Bremischen Kinder-, Jugend- und Familienförderungsgesetzes.

(2) Durch die Gewährung von Bildungsurlaub nach Maßgabe dieses Gesetzes soll Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern unter Fortzahlung des Arbeitsentgeltes die Teilnahme an anerkannten Bildungsveranstaltungen ermöglicht werden.

**§ 2 Geltungsbereich**

(1) Dieses Gesetz gilt

1. für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, deren Beschäftigungsverhältnisse ihren

Schwerpunkt in der Freien Hansestadt Bremen haben,

2. für Personen, die zu Beginn der Teilnahme an Bildungsveranstaltungen nach diesem

Gesetz nicht Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind und die seit mindestens

sechs Monaten ihren Wohnsitz in der Freien Hansestadt Bremen haben, nach Maßgabe

des § 12.

(2) Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Sinne dieses Gesetzes sind auch

1. die zu ihrer Berufsausbildung Beschäftigten,

2. die in Heimarbeit Beschäftigten und die ihnen Gleichgestellten sowie sonstige Personen,

die wegen ihrer wirtschaftlichen Unselbstständigkeit als arbeitnehmerähnliche

Personen anzusehen sind,

3. Menschen, die in anerkannten Werkstätten für behinderte Menschen oder für diese

Einrichtungen in Heimarbeit tätig sind.

(3) Ein Beschäftigungsverhältnis hat seinen Schwerpunkt in der Freien Hansestadt Bremen,

wenn die oder der Beschäftigte in einem in der Freien Hansestadt Bremen ansässigen

Betrieb eingegliedert ist oder von einem solchen Betrieb angewiesen wird oder wenn die

oder der Beschäftigte in einer Dienststelle im Bereich der Freien Hansestadt Bremen tätig

ist. Die Beschäftigungsverhältnisse von Seeleuten haben im Sinne dieses Gesetzes ihren

Schwerpunkt in der Freien Hansestadt Bremen, wenn sich

1. der Sitz des Reeders, der Partenreederei, des Korrespondentreeders oder des Vertragsreeders im Lande Bremen befindet oder

2. der Heimathafen des Schiffes in der Freien Hansestadt Bremen befindet und das

Schiff die Bundesflagge führt.

(4) Dieses Gesetz gilt vorbehaltlich einer anderen Regelung nicht für Beamtinnen und Beamte und Richterinnen und Richter.

**§ 3 Anspruch auf Bildungsurlaub**

(1) Jede Arbeitnehmerin und jeder Arbeitnehmer hat innerhalb eines Zeitraums von zwei

aufeinanderfolgenden Kalenderjahren Anspruch auf Gewährung eines bezahlten Bildungsurlaubs von zehn Arbeitstagen.

(2) Wird regelmäßig an mehr oder weniger als fünf Tagen in der Woche gearbeitet, so erhöht

oder verringert sich der Bildungsurlaub entsprechend. Bruchteile eines Tages werden

zugunsten der Arbeitnehmerin oder des Arbeitnehmers aufgerundet.

(3) Ein Anspruch auf Gewährung von Bildungsurlaub gegen einen späteren Arbeitgeber besteht nicht, soweit die Arbeitnehmerin oder der Arbeitnehmer für den laufenden Zweijahreszeitraum bereits von einem früheren Arbeitgeber Bildungsurlaub erhalten hat.

**§ 4 Verbot der Benachteiligung**

Arbeitnehmerinnen oder Arbeitnehmer dürfen wegen Inanspruchnahme des Bildungsurlaubs

nicht benachteiligt werden.

**§ 5 Verhältnis zu anderen Ansprüchen**

(1) Freistellungen zur Teilnahme an Bildungsveranstaltungen, die auf anderen Gesetzen,

tarifvertraglichen Vereinbarungen, betrieblichen Vereinbarungen und Einzelverträgen beruhen, können auf den Freistellungsanspruch nach diesem Gesetz nur dann angerechnet

werden, wenn sie der Arbeitnehmerin oder dem Arbeitnehmer uneingeschränkt die Erreichung der in § 1 dieses Gesetzes niedergelegten Ziele ermöglichen und wenn in den

betreffenden Vereinbarungen oder Verträgen die Anrechenbarkeit ausdrücklich vorgesehen

ist.

(2) Der gesetzlich, tariflich oder arbeitstariflich festgelegte Erholungsurlaub oder sonstige

Freistellungen dürfen nicht auf die Zeit angerechnet werden, für die die Arbeitnehmerin

oder der Arbeitnehmer zur Teilnahme an anerkannten Bildungsveranstaltungen Bildungsurlaub erhält.

**§ 6 Wartezeit**

Eine Arbeitnehmerin oder ein Arbeitnehmer erwirbt den Freistellungsanspruch für den laufenden Zweijahreszeitraum im Sinne von § 3 Abs. 1 erstmalig nach sechsmonatigem Bestehen seines Beschäftigungsverhältnisses.

**§ 7 Zeitpunkt des Bildungsurlaubs**

(1) Der Zeitpunkt des Bildungsurlaubs richtet sich nach den Wünschen der Arbeitnehmerin

oder des Arbeitnehmers. Die Inanspruchnahme und der Zeitraum des Bildungsurlaubs

sind dem Arbeitgeber in der Regel vier Wochen vor Beginn mitzuteilen.

(2) Der Bildungsurlaub zu dem von der Arbeitnehmerin oder dem Arbeitnehmer beantragten

Zeitpunkt kann nur abgelehnt werden, wenn zwingende betriebliche Belange oder Urlaubswünsche anderer Arbeitnehmerinnen oder Arbeitnehmer, die unter sozialen Gesichtspunkten den Vorrang verdienen, entgegenstehen. Der Arbeitgeber ist verpflichtet,

der Arbeitnehmerin oder dem Arbeitnehmer so frühzeitig wie möglich, in der Regel innerhalb

einer Woche, mitzuteilen, ob Bildungsurlaub gewährt wird.

(3) Lehrerinnen und Lehrer, Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen im schulischen Bereich und sonstige Lehrkräfte sowie Professorinnen und Professoren und andere an

Hochschulen hauptberuflich selbstständig Lehrende können den Bildungsurlaub nur während

der unterrichtsfreien oder veranstaltungsfreien Zeit nehmen. Im Übrigen gelten die

Absätze 1 und 2 entsprechend.

(4) Der Bildungsurlaub ist während des laufenden Zweijahreszeitraums zu gewähren. Er

kann nicht übertragen werden.

(5) Erkrankt eine Arbeitnehmerin oder ein Arbeitnehmer während des Bildungsurlaubs, so

werden die durch ärztliches Zeugnis nachgewiesenen Tage der Arbeitsunfähigkeit auf

den Bildungsurlaub nicht angerechnet.

**§ 8 Gewährung des Bildungsurlaubs**

(1) Bildungsurlaub wird nur für anerkannte Bildungsveranstaltungen von mindestens einem

Tag Dauer gewährt.

(2) Die Arbeitnehmerin oder der Arbeitnehmer ist verpflichtet, dem Arbeitgeber auf Verlangen

die Anmeldung zur Bildungsveranstaltung und die Teilnahme an der Bildungsveranstaltung

nachzuweisen. Die für den Nachweis erforderlichen Bescheinigungen sind der

Arbeitnehmerin oder dem Arbeitnehmer von dem Träger der Bildungsveranstaltung kostenlos auszustellen. Der Arbeitgeber ist verpflichtet, der Arbeitnehmerin oder dem Arbeitnehmer auf Verlangen bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses eine Bescheinigung über die im laufenden Zweijahreszeitraum gewährte Freistellung auszuhändigen.

(3) Während des Bildungsurlaubs darf die Arbeitnehmerin oder der Arbeitnehmer keine dem

Zwecke dieses Gesetzes zuwiderlaufende Erwerbstätigkeit ausüben.

**§ 9 Fortzahlung des Arbeitsentgelts**

(1) Bildungsurlaub wird vom Arbeitgeber ohne Minderung des Arbeitsentgeltes gewährt. Das

fortzuzahlende Entgelt für die Zeit des Bildungsurlaubs wird entsprechend den Bestimmungen des Bundesurlaubsgesetzes berechnet. Günstigere vertragliche Regelungen

bleiben unberührt.

(2) Die Arbeitnehmerin oder der Arbeitnehmer muss denjenigen Betrag an den Arbeitgeber

abführen, den sie oder er wegen ihrer oder seiner Teilnahme an der Bildungsveranstaltung

von dem Träger der Bildungseinrichtung oder von anderer Seite als Beihilfe oder Zuschuss aufgrund anderer Bestimmungen erhalten hat, soweit dieser Betrag als Ersatz für Einkommensverluste gezahlt wird.

**§ 10 Anerkennung von Bildungsveranstaltungen**

(1) Bildungsurlaub im Sinne dieses Gesetzes kann nur für Bildungsveranstaltungen beansprucht werden, die von der zuständigen Behörde anerkannt sind.

(2) Veranstaltungen von Einrichtungen, die nach § 4 des Gesetzes über die Weiterbildung im

Lande Bremen anerkannt sind, gelten als anerkannt, wenn sie den Anforderungen von

§ 8 Absatz 1 entsprechen. Das gleiche gilt für Veranstaltungen von anerkannten Trägern

der Jugendbildung und der Familienbildung, die nach dem Bremischen Kinder-, Jugend- und

Familienförderungsgesetz durchgeführt werden.

(3) Veranstaltungen von Einrichtungen, die nicht nach dem Gesetz über die Weiterbildung im

Lande Bremen oder dem Bremischen Kinder-, Jugend- und Familienförderungsgesetz

anerkannt sind, werden anerkannt, wenn

1. sie ausschließlich der Weiterbildung im Sinne von § 1 dienen,

2. sie jedermann offenstehen und die Teilnahme an ihnen freigestellt ist,

3. die Einrichtungen bzw. ihre Träger Leistungen nachweisen, die nach Inhalt, Ort, Qualität

und Umfang eine Anerkennung rechtfertigen und

4. sie den Anforderungen von § 8 Abs. 1 entsprechen.

(4) Der Senat wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung die zur Ausführung der Absätze 1

bis 3 erforderlichen Vorschriften, insbesondere Vorschriften über die Zuständigkeit und

über das Anerkennungsverfahren, zu erlassen. Dabei kann der Senat auch bestimmen,

daß andere als die in Absatz 2 genannten Veranstaltungen als anerkannt gelten, z.B.

Veranstaltungen einer anderen Landesregierung, der Bundesregierung oder der Bundesagentur für Arbeit.

**§ 11 Unabdingbarkeit**

Von den vorstehenden Bestimmungen darf nicht zuungunsten der Arbeitnehmerin oder des

Arbeitnehmers abgewichen werden.

**§ 12 Zuschußgewährung**

(1) Personen im Sinne von § 2 Abs. 1 kann in besonderen Härtefällen im Rahmen der im

Haushalt festzulegenden Höhe der Gesamtförderung nach diesem Gesetz auf Antrag ein

besonderer Zuschuß gewährt werden zur Deckung der Kosten, die durch die Teilnahme

an Bildungsveranstaltungen entstehen.

(2) Die Vorschriften der §§ 1, 3, 8 und 10 gelten entsprechend.

(3) Der Senat wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung Vorschriften über die Zuschußgewährung zu erlassen. Zuschüsse können solche Personen erhalten, die unter Berücksichtigung des Gesamteinkommens der Familie aus finanziellen Gründen an der Teilnahme von Weiterbildungsveranstaltungen gehindert sein würden.

**§ 13 Inkrafttreten**

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 1975 in Kraft.